

0,50 DM VORAN

Gegenwehr, Solidarität, Sozialismus

Zeitung der

SAV

Sozialistische Alternative

Bewegung gegen den Krieg aufbauen

Die NATO will diesen Krieg als NATO gewinnen, damit sie in Zukunft neue Kriege als NATO führen kann – überall in der Welt. Das ist die neue NATO-Strategie. Dafür hagelt es Bomben ohne Unterlaß. Dafür sterben Menschen. Dafür werden Häuser, Brücken, Straßen, Fabriken, Kraftwerke zerstört. Weil es dem Westen nie um die Flüchtlinge ging, werden sie menschenunwürdig behandelt und untergebracht. Die NATO-Staaten, die doch angeblich den ganzen Krieg nur im Interesse der Kosovo-Flüchtlinge führen, streiten sich, wer die wenigsten Flüchtlinge aufnimmt.

Georg Kümmel, Köln

Inzwischen wird immer mehr Leuten klar, daß es auch in diesem Krieg nicht um Menschenrechte, sondern um Macht geht. Aber wer kann den Krieg beenden? Und wie? Wie können Milosevic und seine Vertreibungspolitik im Kosovo gestoppt

gegen Milosevic kann nur durch eine Bewegung von unten in anderen Ländern gegen die NATO-Bomben unterstützt werden. Dieser Krieg kann gestoppt werden, wenn sich eine Massenbewegung gegen den Krieg entwickelt und aufgebaut wird.

Seit Beginn des Krieges reden die Staatschefs von „diplomatischen Bemühungen“ und „politischen Lösungen“. Damit wird nur die eigene Bevölkerung von einem Tag auf den anderen vertröstet. Wir sollen abwarten statt zu protestieren. Wer glaubt, die NATO müsse doch angesichts der Leiden, das sie mit ihren Bomben verursacht, bald aufhören, der irrt. Dieses Leid kümmert die NATO nicht und Milosevic auch nicht.

Die Kriegstreiber reagieren nur auf Druck. Die USA haben den Vietnamkrieg nicht zuletzt wegen den massiven Protesten verloren, zu Hause und international. Massenhafter Widerstand gegen die deutsche Kriegsbeteiligung ist der erste Schritt, um den

nung gegenüber dem Krieg wachsen.

Politische Schwäche

Die Anti-Kriegsbewegung in Deutschland ist derzeit so schwach weil sie politisch schwach ist. Wer glaubt, daß Imperialismus ein überholter Begriff linker Spinner sei, kann nicht verstehen, warum es in diesem Krieg geht. Wer, wie die Grünen, nicht wahrhaben will, daß es im Kapitalis-

mus einen rücksichtslosen Kampf um Märkte, Rohstoffquellen und Einflusssphären geht, der landet dort wo die Grünen jetzt stehen.

Aber auch wichtige Teile der Linken vertreten Positionen, auf deren Grundlage man keine breite Anti-Kriegsbewegung aufbauen kann. Die PDS und andere orientieren penetrant auf eine Lösung durch die UNO, also auf eine Lösung des imperialistischen Krieges durch die Versamm-

lung der Imperialisten. Teile der Anti-Kriegsbewegung ignorieren bzw. lehnen das Recht und den erklärten Willen der Kosovo-Albaner auf ein selbständiges Kosovo ab. Sie unterstützen damit faktisch die Position des serbischen Nationalismus. Damit wird die Forderung nach internationaler Solidarität unglaubwürdig. Es gibt nur einen Standpunkt von dem aus der Krieg wirksam bekämpft werden kann: das gemeinsame Interesse der Arbeiterklasse international, also das gemeinsame Interesse aller, die direkt oder indirekt unter Krieg, Vertreibung und der Herrschaft des Kapitalismus leiden. Auf einer klaren politischen Grundlage läßt sich wachsender Widerstand gegen den Krieg mobilisieren.

Dabei gilt der alte Spruch aus der Arbeiterbewegung: Informieren, organisieren, mobilisieren. Es geht darum, die Argumente gegen den Krieg zu verbreiten. Einzeln, in Diskussionen mit FreundInnen, Bekannten, mit KollegIn-

Gewerkschaften hineinzutragen. Die DGB-Führung unterstützt den Kriegskurs der Regierung und trägt deshalb Mitverantwortung für den NATO-Terror. Einige Einzelgewerkschaften haben Beschlüsse gegen den Krieg gefaßt. Aber wie und wann haben sie eine Diskussion in der Mitgliedschaft über die Ursachen des Krieges organisiert? Zu welcher Demonstration gegen den Krieg haben sie aufgerufen und mobilisiert? Was haben sie unternommen, um direkte Verbindungen zu Gewerkschaftern in Serbien und im Kosovo bzw. unter den Flüchtlingen aufzunehmen? Wenn die Mitgliedschaft überzeugt ist und die Gewerkschaftsführung wirklich gegen den Krieg kämpfen will, dann könnten auch politische Streiks gegen den Krieg organisiert werden. Von solch einer Situation sind wir noch weit entfernt, aber um eine wirksame Bewegung gegen den Krieg aufzubauen bedarf es einer Vorstellung von dem Ziel.



Für eine neue sozialistische Arbeiterpartei

Der Wahlauftrag der SAV zu den Europa-Wahlen am 13. Juni 1999

Das Europa der Banken, Konzerne und Kriegstreiber ist nicht unser Europa. Die Sozialistische Alternative (SAV) kämpft für ein Europa der ArbeiterInnen und Jugendlichen; für ein Europa, in dem der Lebensstandard nach oben angeglichen wird. Unser Ziel ist ein sozialistisches Europa, in dem Wirtschaft und Gesellschaft nicht im Profitinteresse, sondern nach den Bedürfnissen von Mensch und Umwelt demokratisch gestaltet werden.

In Schweden und Irland kandidieren die Schwesterparteien der SAV eigenständig. In Belgien und Britannien beteiligen sich Mitglieder vom „Komitee für eine Arbeiterinternationale“ (CWI) an antikapitalistischen Wahlbündnissen.

In Deutschland tritt keine konsequente sozialistische Kraft zur Europawahl an. Dar-

um unterstützen wir in diesem Fall die Wahl der PDS. Ein Wahlerfolg der PDS wäre ein Schlag ins Gesicht der Herrschenden. Die PDS ist die einzige im Bundestag vertretene Partei, die den EURO und die Verträge von Maastricht und Amsterdam ablehnt und für einen sofortigen Stopp der NATO-Kriegseinsätze steht.

Allerdings hat die PDS längst ihren Frieden mit der Marktwirtschaft geschlossen. Darum bleibt ihr Protest gegen die Folgen des Marktes halbherzig. Die PDS ist für die „feste Einbindung Deutschlands in diese Europäische Union“ (PDS-Programm). Da die Kapitalisten nicht aufhören werden, ihren Kampf um Märkte, auch militärisch auszutragen, ist der Aufruf der PDS an das Kapital, „eine nichtmilitärische europäische Verteidigungsstruktur zu schaffen“, genauso rea-

listisch wie ein Appell an Raubtiere, zu Vegetariern zu werden.

Wir kritisieren auch, daß die PDS bei ihren Vorschlägen zu einer Lösung des Krieges auf die UNO setzt und damit nur Illusionen in die UNO verbreitet. Der Golfkrieg wurde im Namen der UNO geführt. War er etwa gerecht? Die UNO ist nicht die Versammlung der Völker dieser Welt sondern der Herrscher über die Völker dieser Welt. Sie ist die Versammlung der Imperialisten, der Folterstaaten der Menschenrechtsverletzer, der Kriegstreiber und Waffenexporteure. Eine Partei, die ihrem sozialistischen Anspruch gerecht werden will, muß zuallererst die einfache Wahrheit aussprechen, daß Kapitalismus Krieg bedeutet, daß deshalb Kampf gegen den Krieg auch Kampf gegen den Kapitalismus sein muß. Wichtiger als

der Ausgang der Europa-Wahl ist die gemeinsame Gegenwehr gegen Sozialabbau, Militarismus und Krieg – über Ländergrenzen hinweg. Dieser Kampf muß verbunden werden mit dem Kampf für ein sozialistisches Europa.

Es führt kein Weg vorbei am Aufbau von neuen sozialistischen Arbeiterparteien – in Deutschland und international. Unter Arbeiterpartei verstehen wir eine Partei der Arbeitenden und Arbeitslosen, SchülerInnen, Auszubildenden, StudentInnen...

Die SAV und ihre Schwesterparteien im „Komitee für eine Arbeiterinternationale“ wollen einen Anfang machen. Darum sollte die erste Wahl für alle, die dem Treiben des Kapitals nicht länger zusehen wollen, sein: Mitglied der SAV werden.

Aron Amm, Berlin

Kosovo-Flüchtlinge abgelehnt

Das zuständige Bundesamt hat zwischen dem 16. Oktober 1998 und dem 25. März 1999 die Asylanträge von 13.352 Kosovo-Flüchtlingen abgelehnt. Das ergab eine Anfrage der PDS. In den ersten drei Monaten dieses Jahres wurden 98,9 Prozent aller Asylanträge von Kosovo-Flüchtlingen abgelehnt. Zur gleichen Zeit liefen die Vorbereitungen für die Bombenangriffe – angeblich zum Schutz der verfolgten Menschen.

Krieg oder „Luftschläge“?

Während die Bundesregierung von „Luftschlägen“ und „Militäraktionen“ spricht, ist der Gesamtverband der deutschen Versicherungswirtschaft bei den NATO-Angriffen um „Krieg“ handelt. (Handelsblatt, 18. 5. 99) Hintergrund: In den meisten Versicherungsverträgen, darunter

Auto- und Lebensversicherungen, gibt es einen Ausschuß von Kriegsrisiken. Konkret heißt das: Wenn ein in Deutschland versichertes Auto bei NATO-Angriffen zerstört wird oder ein Versicherter durch eine NATO-Bombe getötet wird, gibt es kein Geld.



Gegen das Treffen der Kriegstreiber:
DEMO gegen den G-8-Gipfel KÖLN, 19. Juni 99

Ort und Anfangszeit standen bei Redaktionsschluß noch nicht fest. Infos unter (0221) 134504

Für ein sozialistisches Europa – Manifest des CWI Nein zum EUROpa des Kapitals

Zur Demonstration am 29. Mai und zu den Wahlen zum Europäischen Parlament am 13. Juni hat das „Komitee für eine Arbeiterinternationale“ (engl. CWI), dem auch die SAV angeschlossen ist, eine Erklärung veröffentlicht. Daraus dokumentieren wir an dieser Stelle Ausschnitte.

... In den letzten Jahren haben die EU und die für den EURO/EWU (Europäische Währungsunion) festgelegten Kriterien als Hilfsmittel für die Abstimmung der Angriffe der Bosse gegen Sozialleistungen und Ar-

Der Trend hin zu einem sogenannten flexiblen Arbeitsmarkt hat die Arbeitsbedingungen verschlechtert und drückt die Löhne. Trotzdem ist die Arbeitslosigkeit gleich hoch geblieben, trotz der von den Regierungen durchgeführten Manipulation der Arbeitslosenzahlen. Die niederländische Regierung zum Beispiel behauptet, daß sie es geschafft habe, die Arbeitslosigkeit auf 5,3 Prozent zu senken. Aber laut OECD liegt sie in den Niederlanden bei fast 20 Prozent.

... Der globale Kapitalismus

bringen, ermöglichte es der neuen „sozialistischen“ Regierung in Frankreich, die Entscheidung zur Schließung der Fabrik zu bestätigen.

Europaweite Streiks, Blockaden auf gesamteuropäischer Ebene, Aktionstage etc. müssen organisiert werden. ArbeiterInnen von der Basis müssen sich treffen und diskutieren, und Schritte zum Aufbau eines Netzwerks von GewerkschaftsaktivistInnen in Europa sollten ergriffen werden.

Die meisten derzeitigen Gewerkschaftsführer legen nur Lippenbekenntnisse zum In-

von Gewerkschaftsfunktionären, die nicht mehr als einen durchschnittlichen Facharbeiterlohn verdienen dürfen.

Im November 1998 folgten Eisenbahnarbeiter in acht EU-Ländern dem Aufruf für einen europaweiten Streik gegen Deregulierung und Privatisierung. In Österreich, Großbritannien, Deutschland und den Niederlanden gab es keine Arbeitskämpfmaßnahmen. Die von der Föderation der Transportarbeiter in der EU (FST) getroffene Entscheidung war nur eine leere Geste. Stattdessen organisierten die Gewerkschaftsführer in diesen vier Ländern Pressekonferenzen und schickten einen Protestbrief an die Transportminister!



Renault-Beschäftigte auf der europaweiten Demonstration in Amsterdam 1997. Nur der grenzüberschreitende Widerstand der Beschäftigten kann das Europa der Banken und Konzerne verhindern.

beitsplatzsicherheit gedient. Der EURO wird als Waffe genutzt, um die Löhne zu senken und den Arbeitsmarkt zu deregulieren.

„Flexibilität“ und der Niedriglohnskandal

... Der europäische Arbeitsmarkt hat sich in den letzten Jahren dramatisch verändert. Dauerarbeitsplätze wurden durch Teilzeitjobs, Zeitarbeit und ungeschützte Arbeitsverhältnisse ersetzt. Die Hälfte der erwerbstätigen Frauen in der EU arbeiten Teilzeit. Gelegenheitsarbeit und Jahresarbeitszeitkonten haben zugenommen. Millionen Erwerbstätige verdienen weniger als 10 Euro (20 DM) pro Stunde, den von der EU empfohlenen Mindestlohn, entsprechend zwei Dritteln des Durchschnittslohns. Die meisten der 14 Millionen Menschen in Großbritannien, die unterhalb der Armutsgrenze leben, sind „arbeitende Arme“, die durch skandalös niedrige Löhne unten gehalten werden.

bedeutet, daß die Bosse schlechter werdende Bedingungen in einem Land und die Drohung mit Arbeitsplatzverlagerung als Waffe im Klassenkampf verwenden, um den Lebensstandard herunterzudrücken. ArbeiterInnen in einem Land werden Unterstützung durch ihre KollegInnen im Ausland suchen müssen. Als erster Schritt sollten gemeinsame Forderungen für ArbeiterInnen von multinationalen Konzernen formuliert werden.

Im März 1997 beteiligten sich AutoarbeiterInnen aus Belgien, Frankreich, Spanien und Slowenien am europaweiten Streik gegen den Vorschlag zur Schließung des Renault-Werks in Vilvoorde in Belgien. Wenn dieser Streik als Ausgangspunkt für eine wirkliche gesamteuropäische Kampagne zur Rettung von Arbeitsplätzen in der Autoindustrie gedient hätte, dann hätte die Schließung verhindert werden können. Das Fehlen einer Alternativstrategie, um den Kampf vorwärtszu-

ternationalismus ab. Der Europäische Gewerkschaftsbund (EGB) vereint 65 nationale Gewerkschaftsdachverbände aus 28 Ländern und 14 europaweite Branchenverbände mit einer Gesamtmitgliederzahl von 59 Millionen. Die potentielle Macht des EGB ist da, aber in der Hand der gegenwärtigen Führung wurde der EGB eine von vielen Lobbies, keine internationale Gewerkschaftsbewegung, die die Arbeiterklasse in einem gemeinsamen Kampf gegen die Bosse vereint.

Die Unfähigkeit der meisten Gewerkschaftsführer in Westeuropa spiegelt die Tatsache wider, daß man nicht beides auf einmal haben kann. Man kann nicht den Markt und die Währungsunion akzeptieren und gleichzeitig einen Kampf gegen die Folgen kapitalistischer Projekte organisieren ... Das CWI kämpft für eine kämpferische Gewerkschaftsbewegung, die von ihren Mitgliedern demokratisch kontrolliert wird sowie für die regelmäßige Wahl und Abwählbarkeit

Für ein demokratisches sozialistisches Europa

... Wir sind InternationalistInnen und stehen für die Einheit der europäischen Arbeiterklasse. Deshalb sind wir gegen die Festung Europa und den EURO. Aber die Alternative zur EU ist weder ein nationalistischer noch ein kapitalistischer Weg. Der Kampf gegen die EU der Banken und Konzerne muß als Hebel benutzt werden, um die ArbeiterInnen und Jugendlichen überall in Europa zusammenzubringen in einem freiwilligen, demokratischen sozialistischen Staatenbund Europas aus unabhängigen, eigenständigen Staaten, in denen jedes demokratische Recht und die kulturellen und sprachlichen Rechte aller nationaler Minderheiten voll beachtet werden. Das wird der erste Schritt zu einer sozialistischen Vereinigung Europas innerhalb einer sozialistischen Welt sein.

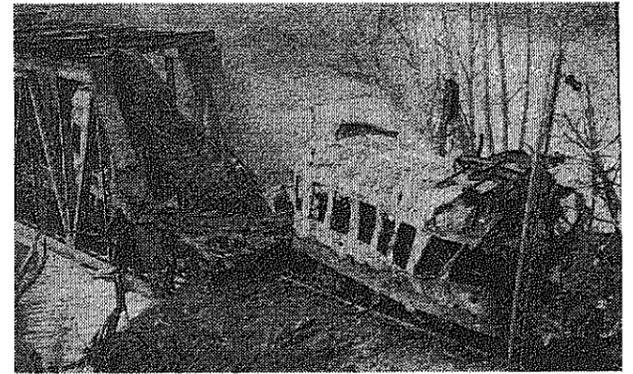
Ein sozialistisches Europa auf der Grundlage von Gemeineigentum an den Produktionsmitteln und einem rationalen Plan wird es ermöglichen, die Gesellschaft von ihren Krankheiten zu heilen. Alle Arbeitsfähigen würden einen Arbeitsplatz finden. Der Arbeitstag würde schnell verkürzt werden. Die Menschheit würde schließlich die Schwelle zur Menschlichkeit überqueren.

Der globale Kapitalismus muß durch einen entschiedenen Kampf auf internationaler Ebene bekämpft werden. Probleme wie Armut, Massenarbeitslosigkeit, Angriffe auf den Lebensstandard, sexuelle und rassistische Diskriminierung kennen keine Grenzen.

CWI, 18. März 1999

Kriegsopposition kapituliert

Warum die Grünen scheiterten



Stell Dir vor, es ist Krieg und die Grünen führen ihn: von NATO-Bomben zerstörter Zug bei Leskovac.

Der Kriegs-Parteitag der Grünen gab Außenminister Fischer einen Blankoscheck. Auch die „Linken“ um Christian Ströbele führten keinen ernsthaften Kampf.

Als die Debatte vorbei war erklärte sich Roland Appel, Fraktionsvorsitzender im NRW-Landtag, zufrieden: „Mit dem Ergebnis von Bielefeld können wir gut leben. Immerhin haben wir als erste Regierungspartei innerhalb der NATO gesagt, die Bombardierungen gehen so nicht weiter.“ Gesagt. Aber nichts getan. Die Bombardierungen gehen weiter. Mit diesem Ergebnis müssen Menschen in Belgrad sterben. Die Grünen gehen zur Tagesordnung über.

Jahrelang war es für die staatstragende SPD aus außenpolitischen Gründen undenkbar, auf Bundesebene eine Koalition mit den Grünen zu bilden, weil die NATO-Staaten ein faktisches Veto gegen die Pazifisten eingelegt hätten. Die Aufgabe der Grundprinzipien der aus der Friedensbewegung stammenden Partei vor einigen Jahren hatte nichts mit dem Schicksal der Menschen auf dem Balkan zu tun, sondern mit der Akzeptanz durch die Herrschenden in der BRD und Washington. Joschka Fischer mußte sich entscheiden: „Nie wieder Krieg“ oder „Nie (wieder) Außenminister“. Jetzt sind die Grünen endgültig salonfähig, jetzt werden sie bereit sein, bei allen Schweinereien an vorderster Front mitzumachen, egal ob Bundeswehreinätze oder Sozialkürzungen.

Die Grünen als ökologische und antimilitaristische linke Bewegung, die etwas verändern wollte, sind schon längst tot. Jetzt ist das Scheitern unübersehbar. Daß es an der Frage der

Kriegsbeteiligung nicht einmal eine richtige Spaltung gab, beweist den politischen Verfall. Bundesweit werden einige Linke austreten oder sich zurückziehen, Karrieristen werden eintreten. Die Grünen werden viele ihrer Stammwähler verlieren, aber vielleicht andere aus der bürgerlichen „Mitte“ anziehen. Sie werden bestenfalls zu einer normalen bürgerlichen Partei, falls sie nicht unter die 5-Prozent-Hürde absacken.

Die Rechtsentwicklung der Grünen und der Verrat sämtlicher Ziele ging viel schneller als bei der SPD, weil die Sozialdemokraten immerhin auf ihre traditionelle Basis in der Arbeiterklasse Rücksicht nehmen mußte. Die Linke bei den Grünen hat dagegen nie ernsthaft versucht, bei den Arbeitnehmer Fuß zu fassen. Sie betrachteten die deutschen Arbeitnehmer als Spießbürger und sind jetzt selbst Spießbürger geworden. Zwei Jahrzehnte Erfahrung mit den Grünen zeigen uns, daß es nicht reicht, „irgendwie radikal“ zu sein. Man braucht auch eine gesellschaftliche Alternative und eine soziale Kraft, die sie durchsetzen kann. Es gibt nur zwei Hauptklassen, die Kapitalisten und die Arbeitenden.

Man muß sich entscheiden, auf welcher Seite man steht und dementsprechend konsequent handeln. Eine neue linke Partei muß also eine Arbeitnehmerpartei sein. Doch wie der unwürdige Werdegang von SPD und Grünen zeigt, können Anpassung und Niedergang nur mit einem Programm jenseits der bürgerlichen „Sachzwängen“ vermieden werden – mit einer sozialistischen Alternative.

Brent Kennedy,
Bremerhaven

Der Kampf ist international

Die SAV ist Mitglied im „Komitee für eine Arbeiterinternationale“ (KAI, engl. CWI – Committee for a Workers' International). Das KAI setzt sich für die internationale Einheit der Arbeiter ein und organisiert grenzüberschreitende Gegenwehr und Solidarität.

Ziel ist die weitestgehende Abschaffung des kapitalistischen Profitsystems und der Aufbau einer Föderation sozialistischer Demokratien. Das KAI hat Mitgliedsorganisationen in über 30 Ländern auf allen Kontinenten.

Adresse: CWI, PO Box
3688, London E9 5QX, GB
Tel.: 0044/181/533 0201
Fax: 0044/181/985 0757
E-Mail: inter@dircon.co.uk



Was will die SAV?

Die Sozialistische Alternative organisiert Gegenwehr gegen Arbeitsplatz- und Sozialabbau, Umweltzerstörung, Rassismus und Neonazis. Wir setzen uns für kämpferische Gewerkschaften ein. Wir stehen für Solidarität, denn wir müssen uns gemeinsam wehren: Arbeitende, Arbeitslose, AusländerInnen und Deutsche, Frauen und Männer. Unternehmer und Regierung wollen zurück zu Verhältnissen, wie vor hundert Jahren, denn der Kapitalismus hat abgewirtschaftet.

Unsere Alternative heißt Sozialismus, eine Gesellschaft ohne Armut, Ausbeutung und Unterdrückung. Wir wollen weder die Diktatur einer Bürokratie, wie früher in Osteuropa, noch die Diktatur der Konzerne und Banken. Damit nicht länger die Profitinteressen einer kleinen Minderheit bestimmen, müssen die großen Konzerne, Banken und Versicherungen in Gemeineigentum überführt werden.

Wir wollen eine demokratisch geplante Wirtschaft in der die Arbeitskraft aller Menschen, die Wissenschaft und Technik eingesetzt werden, um allen ein menschenwürdiges Leben zu garantieren.

Mach mit bei der SAV

- Ich möchte weitere Informationen über Eure Arbeit
- Ich möchte die Zeitung VORAN abonnieren (10 Ausgaben zu 25 DM)
- Ich möchte Mitglied der SAV werden

Wir melden uns bei Dir und geben Deine Adresse an die nächstgelegene Ortsgruppe der SAV weiter.

Name _____ Telefon _____

Adresse _____

Abgeben am SAV-Stand, bei Deinem VORAN-Verkäufer oder schicken an:
Sozialistische Alternative, Hansaring 4, 50670 Köln
Infotelefon (02 21) 13 45 04, Fax (02 21) 13 72 80
e-mail: SAVbund@aol.com